

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Bremische Häfen so bald wie möglich für Kernbrennstoffe sperren**

Die atomare Katastrophe in Japan zeigt, wie gefährlich Atomkraftwerke auch in Deutschland sein können. Laufzeitverlängerungen gefährden die Bevölkerung somit deutlich und erhöhen zudem den nuklearen Abfall, für dessen Endlagerung es bislang keine Lösung gibt. Das von gleich mehreren als veraltet geltenden Atomkraftwerken umgebene und damit besonders gefährdete Land Bremen wäre zudem von mehr Transporten von Kernbrennstoffen und der Abfallprodukten über seine Häfen stark belastet.

Nun muss geprüft werden, wie möglichst jeglicher Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten über die bremischen Häfen verhindert werden kann. Dieses eindeutige Ziel trifft jedoch auf eine außerordentlich komplizierte und auch von Experten uneinheitlich bewertete Rechtslage. Selbst das nun von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte Gutachten geht davon aus, dass eine Änderung des Bremischen Hafenerbetriebsgesetzes mit europäischem Recht kollidieren könnte. Das vom Senat in Auftrag gegebene Gutachten zur Frage, wie Transporte von Kernbrennstoffen über Bremer Häfen verhindert werden können, liegt noch nicht vor, ist für eine umfassende Beurteilung der bremischen Möglichkeiten, die Häfen für Kernbrennstofftransporte zu sperren, jedoch unverzichtbar.

Die erforderliche umfassende rechtliche Würdigung der Drucksache 17/1696 durch Ausschussberatung unter Einbeziehung parlamentsinterner und externer Expertise ist in Anbetracht des nahenden Endes der 17. Legislaturperiode und der eintretenden Diskontinuität nicht zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt alle Initiativen zum schnellen Atomausstieg und bekräftigt ihren Willen, den Transport von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukten über die Häfen in Bremerhaven und Bremen schnellstmöglich, konsequent und unter Berücksichtigung aller rechtlichen Möglichkeiten zu unterbinden.
2. Der Senat wird gebeten, in seine bereits in Auftrag gegebene externe Prüfung der Möglichkeiten, Transporte von Kernbrennstoffen über Bremer Häfen zu verhindern, auch das von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte Gutachten und den Gesetzentwurf mit der Drs. 17/1696 einzubeziehen.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis dieser Prüfung sowie daraus resultierende Handlungsoptionen so bald wie möglich und möglichst differenziert zu berichten.

Frank Schildt, Jens Dennhardt,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer, Frank Willmann,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen